



Troisdorfer-Info

Familienfreundlichkeit verkommt zur Worthülse

SPD Forderungen zum Haushalt setzen auf Familienhilfe und Verbesserung des Erscheinungsbildes der Stadt

Den von der Verwaltung der Stadt Troisdorf vorgelegten Entwurf des Doppelhaushaltes für die Jahre 2017 und 2018 werden die Sozialdemokraten so auf keinen Fall mittragen. Ihre Hauptkritik richtet sich dabei gegen die teilweise massiven Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich und die Reduzierung der Ansätze bei Grünpflege und Straßenunterhaltung, obwohl gerade in diesem Bereich vieles im Argen liegt.

Prävention statt teure Nachsorge ist mit den Worten des Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Harald Schliekert, das Leitmotiv der SPD. Wer die Verpflegungskosten bei TROGATA anheben wolle, riskiere, dass weniger Kinder angemeldet werden. Wer die Mittel für die Bibliotheken kürzen wolle, riskiere, dass weniger Besucher kämen. Wer die Zuschüsse für den Betrieb der Jugendzentren freier Träger einfriere, gefährde deren Arbeit und zerstöre einen wichtigen Baustein präventiver Jugendarbeit.

Der Landtagsabgeordnete Achim Tüttenberg weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Stadt in den beiden Doppelhaushaltsjahren rund 24 Millionen Euro vom Land nur für KiTas und TRO-



GATA bekommt. Dazu kommen weitere 2,4 Millionen für die Sanierung von Schulen. „Parallel dazu kürzt die Stadt ihre Leistungen für Kinder und Jugendliche. Das ist der falsche Weg, den wir ablehnen.“

Auf der anderen Seite müsse man nach Auffassung der SPD nur mit offenen Augen durch Troisdorf fahren, um zu sehen, was hier in den letzten Jahren geschehen sei. Marode Straßenbeläge, kaputte Bürgersteige oder ungepflegte Grünflächen. Der wuchernde Löwenzahn drohe zur Wappenblume der Stadt zu werden. Diesen Eindruck jedenfalls haben viele Bürgerinnen und Bürger in zahlreichen Begehungen vor Ort im gesamten Stadtgebiet vermittelt. Sind aber beispielsweise Straßen erst einmal richtig kaputt, werde ein Neubau immer teurer als eine zeitnahe Reparatur.

Was also nach Ansicht der Sozialdemokraten Not tut, ist eine drastische Abkehr von der Politik der letzten Jahre. Dazu gehören:

- eine Rückkehr zur öffentlichen Straßenreinigung durch die Stadt,
- mindestens eine Verdoppelung der Mittel für die Straßenunterhaltung,
- eine verbesserte Grünpflege, die auch weiterhin die Beauftragung von entsprechenden Betrieben der Wohlfahrtsverbände beinhalten müsse,
- keine Abstriche bei der Finanzierung der städtischen Bibliotheken,
- die Sicherung der Präsenz des städtischen Ordnungsamtes am Wochenende und in den Abendstunden,
- keine Anhebung der Elternbeiträge und Verpflegungskosten im Bereich TROGATA,
- schnellstmögliche Instandsetzung aller Kinderspielplätze und
- eine Sicherung der Arbeit der Jugendzentren freier Träger mindestens durch Übernahme der tariflich steigenden Personalkosten.

Zwar werde man, so Harald Schliekert, im Verlauf der Diskussion um den Haushalt in den Ausschüssen im November noch in Einzelfragen Forderungen stellen, aber auch Einsparmöglichkeiten habe man bei den Beratungen seiner Fraktion am Wochenende bereits formuliert. ■

Steuern steigen – Service sinkt: Rathaus schließt über Mittag

Seit Anfang November ist das Bürgeramt im Rathaus, das für eine Vielzahl von Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zuständig ist, über Mittag geschlossen. Alle anderen Ämter sind nun mittwochs überhaupt nicht mehr für den Publikumsverkehr geöffnet. Angeblich sollen durch telefonische Terminvereinbarungen Besucherströme „entzerrt“

werden. Fakt wird aber sein, dass bei reduzierten Öffnungszeiten die Warteschleifen beim Telefon eher länger werden. Bürgermeister Jablonski, der laut Zeitungsartikeln jede Menge Zeit für Vereinsfeste aufbringt, sollte einfach seinen Hauptjob als Chef im Rathaus wahrnehmen und dort für die Bürger da sein. ■

INHALT:

Gegen Verwaltungs-Arroganz.....	2
Bezahlbare Wohnungen.....	3
Sebastian Hartmann wieder in den Bundestag.....	3
Hände Weg vom Spicher Wald!	4
Für NRW sieben gute Jahre.....	6
Klare Regeln für Integration	7
Achim Tüttenberg wieder in den Landtag	8

Bürgerwille gegen Verwaltungs-Arroganz

Unterschriftenlisten gegen geplante Verkehrsführung in Eschmarer Neubaugebiet trafen im Rathaus ein



Weit mehr als hundert Unterschriften sammelten Eschmarer Bürger dieser Tage, um sich gegen die von der Verwaltung geplante Verkehrsführung zum Neubaugebiet Eschmarer Gartenstadt auszusprechen.

Zusammen mit dem Landtagsabgeordneten der SPD Achim Tüttenberg und der Eschmarer SPD-Stadtverordneten Yvonne Andres, hatten sich zahlreiche Betroffene in einer sehr gut besuchten Ortsteilbegehung in der Eschmarer Gartenstadt zusammgefunden und ihre Bedenken geäußert. Auch die darauf folgende Bürgerversammlung zeigte, dass die betroffenen Anwohner der Straßen Kapellen-

straße, Rembrandtstraße, Max-Ernst-Straße und Noldestraße höchste Bedenken gegen die geplante Zuwegung zur erweiterten Gartenstadt (E 65 Blatt 3) haben. Alle betroffenen Straßen sind schmal, verkehrsberuhigt, mit Baumscheiben versehen, Schulweg und vom ruhenden Verkehr jetzt schon überlastet. Die vom Verkehrsgutachter Geuenich (IGEPA Verkehrstechnik GmbH Eschweiler) prognostizierten 400 zusätzlichen Fahrbewegungen pro Tag mit geplantem Busverkehr durch die Rembrandt- und Kapellenstraße sind demnach nicht mehr zu verkraften.

Nach ausgiebiger Vorstellung des Ver-

kehrsgutachtens Geuenich zur Anbindung der geplanten Erweiterung Gartenstadt (E65 Blatt 3) in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und der grundsätzlichen Planungsvarianten durch Herrn Feiling (Planungsamt der Stadt Troisdorf) beantragte die SPD Fraktion seinerzeit eine Vertagung, um intern und mit betroffenen Anliegern das Thema zu erörtern. Keiner der vom Gutachter vorgeschlagenen Lösungen, insbesondere der favorisierten Anbindung über Kapellen- und Rembrandtstraße, konnte die SPD zustimmen. Der Vertagungsantrag wurde mit der Mehrheit von CDU, Grünen und Regenbogenpiraten abgelehnt. Nach weiterer Diskussion war mit dieser Mehrheit beschlossen worden, die vorgestellte Variante A mit Anbindung über Kapellen- und Rembrandtstraße in der weiteren Planung zu favorisieren, jedoch die beiden anderen Varianten B + C nicht gänzlich aus dem weiteren Verfahren zu verbannen. Die von den Troisdorfer Sozialdemokraten mehrfach vorgebrachte Anregung, die Realisierbarkeit alternativer Anbindungen zu prüfen, wurde bisher abgelehnt. Auch der Antrag von Yvonne Andres, ein Zweit-Verkehrsgutachten erstellen zu lassen, wurde im Stadtentwicklungsausschuss von der Mehrheitsfraktion abgelehnt.

Die von der SPD angeregte Unterschriften-Aktion nahmen die Eschmarer Bürger so begeistert auf, dass im Verlaufe des Sommers zahlreiche Listen mit über hundert Unterschriften ins Rathaus gelangten. ■

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

das Motto „Zeit für Bürger“ wird die zentrale Ausrichtung der Troisdorfer SPD bei allen Themen und Aktivitäten sein.

Unter dem Themenschwerpunkt „Sicherheit in allen Lebenslagen“ werden sich die Troisdorfer Sozialdemokraten besonders den brennenden Themen dieser Zeit, mit denen viele Ängste verbunden sind, annehmen. Hier geht das Spektrum von innerer Sicherheit, über Altersarmut, Angst

vor Überfremdung sowie Angsträume in städtischen Kommunen.

Wohnen in Troisdorf, wird ein weiterer zentraler Themenschwerpunkt unserer Arbeit.

Dieses werden unsere Schwerpunkte in den nächsten Jahren in der politischen Arbeit hier in unserer Stadt.

Die von den Mitbürgern und Mitbürgerinnen sehr gut angenommenen Stadtteilbegehungen mit dem Landtagsabgeordneten Achim Tüttenberg und den zuständigen Stadtteilbeauftragten werden auch in den nächsten Monaten fortgesetzt.

Weiterhin begibt sich die Troisdorfer SPD an die Standorte in der Stadt, an denen Probleme von den Bürgern offen angesprochen werden. Scheuen Sie sich nicht, sprechen Sie uns an. Wir haben auch in Zukunft ein offenes Ohr für Sie.



Jürgen Weller
Vorsitzender der SPD Troisdorf

Bezahlbare Wohnungen

Wir wollen, dass es nachhaltig vermietbare und bezahlbare Wohnungen in unserer Stadt gibt und die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigt werden. Besonders gilt das für die bevorzugte Innenstadtlage, in der bestimmte Bevölkerungsgruppen verdrängt werden.

Wir wollen, dass Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Seniorinnen und Senioren und auch Durchschnittsverdiener nicht mehr als ein Drittel ihres monatlich zur Verfügung stehenden Geldes für Miete ausgeben müssen.

Wir fordern ein „Sofortprogramm Wohnungsbau für Troisdorf“. Wir fordern, dass bei neu erschlossenen Gebieten mit mehreren Wohneinheiten jeweils 25% der insgesamt realisierten Wohnfläche mit Mitteln der sozialen Wohnraumför-

derung gefördert werden (§9 Abs. 1 Ziffer 7 BauGB) oder dass zur Deckung des Wohnbedarfs städtebauliche Verträge abgeschlossen werden, die ebenfalls die 25%-Quote sichern.

Wir fordern die Ausweisung zusätzlicher geeigneter Flächen für den Wohnungsbau. Wir fordern die Änderung des „Wohnraumkonzeptes 2025“. Die angestrebte Zahl von Wohneinheiten soll auf 400 angehoben wird.

Wir fordern eine regelmäßige Abfrage der aktuellen Wohnbedarfsprognose.

Fakten:

- ca. 1000 Antragsteller von Wohnberechtigungsscheinen suchten 2015 eine bezahlbare Wohnung
- ca. 1420 Rentempfänger in Troisdorf leben von Grundsicherung



- in 12% der Troisdorfer Haushalte leben mehr als vier Kinder
- 25% der Troisdorfer Haushalte werden von Alleinerziehenden geführt
- Mehrbedarf an Wohnraum ist festgestellt: Laut Wohnbedarfsanalyse des RSK durch das Pestel-Institut ist bis 2040 mit einer Steigerung an Privathaushalten von über 10% zu rechnen. ■

Bauftrag für EL 332 vergeben

Darauf haben alle Beteiligten lange gewartet: Endlich ist der millionenschwere Auftrag für den Streckenbau der EL 332 im Abschnitt zwischen der Sieglarer Rathausstraße und der Eschmarer Rheinstraße vergeben worden. Dies teilte der Troisdorfer SPD-Landtagsabgeordnete Achim Tüttenberg mit. Das renommierte Straßenbau-Unternehmen Strabag bekam nach der europaweiten Ausschreibung den Zuschlag für gut 5,6 Millionen Euro. Damit ist die letzte Hürde für die Umset-

zung des 1. Bauabschnittes zur Entlastung der Stadtteile Sieglar und Eschmar genommen. Baufirma und Landesbetrieb Straßen.NRW werden nun einen Bauzeitenplan für die verschiedenen Einzelgewerke und detaillierte Ausführungspläne erstellen. Teil des Auftrags, so Tüttenberg, sind zum Beispiel auch zwei große Versickerungsbecken mit Benzinabscheidern für Straßenoberflächenwasser. Kampfmittelräumdienst und Bodendenkmalpfleger waren schon vor Ort, haben

aber nichts Bedeutsames gefunden. Los geht's übrigens in Sieglar am Kreisel Rathausstraße. Dort wird mit Priorität ein Teilstück bis zum Vorgebirgsblick gebaut, damit hier schon eine Teilentlastung bewirkt werden kann. Weiter geht es dann um Eschmar herum bis zur „Chaussee“ nach Mondorf. „Und ich stehe ohne jedes Wenn und Aber für die anschließende Weiterführung des 2. Bauabschnitts von der Rathausstraße bis zur Autobahn A 59“, versichert Tüttenberg. ■

Sebastian Hartmann wieder in den Bundestag



Seit 2013 vertritt der heute 39-jährige Sebastian Hartmann unsere Stadt im Deutschen Bundestag. Als Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat seine Arbeit jede Menge lokale Bezüge. Und als stellv. Landrat des Rhein-Sieg-Kreises ist ihm die Verwurzelung in der Kommunalpolitik äußerst wichtig. Gerade das Thema Infrastruktur erfordert eine enge Zusammenarbeit der beiden Abgeordneten Sebastian Hartmann in Berlin und Achim Tüttenberg in Düsseldorf. Die beiden sind enge politische Freunde. „Dazwischen passt kein Blatt Papier.“

Der Bundesverkehrswegeplan, der kurz vor der Verabschiedung steht, bringt für

Troisdorf wichtige Verbesserungen. So soll die Flughafenautobahn zwischen Sankt Augustin und Porz auf sechs Fahrspuren erweitert und auf beiden Seiten mit optimalen Lärmschutz versehen werden. Darüber hinaus will Hartmann erreichen, dass die neue Rheinbrücke südlich von Köln auch eine Schienentrasse mit Anbindung in das rechtsrheinische DB-Netz bekommt. Dies wäre die Chance, das Werks- und künftig größere Hafengelände des Evonik-Konzerns (früher Feldmühle) in Lülisdorf direkt an die Schiene anzubinden. Hartmann: „Damit könnte der bisherige umständliche Schienenwerksverkehr durch die Stadtteile Sieglar, Eschmar, Bergheim und Niederkassel aufgehoben werden. ■

Hände weg vom Spicher Wald!

2008 kaufte die städtische Tochter Tropark GmbH das Gelände des ehemaligen Schießstandes Rottweil der Dynamit Nobel AG, um es als Gewerbegebiet neu zu gestalten. Obwohl bekannt war, dass auf dem Schießstand jahrzehntelang mit Bleimunition auf Tontauben geschossen wurde und sich das Blei sowohl im Boden als auch in den direkt angrenzenden Waldbäumen eingelagert hat. Eine genauere Inaugenscheinnahme und Untersuchung förderte allerdings erst Jahre später die alarmierende Erkenntnis zu Tage, dass hier eine hochgradige Bleiverseuchung vorliegt, die das Grundwasser gefährdet und deshalb kostenaufwändig zu sanieren ist.

Wer muss sanieren? Der Grundstückseigentümer, mithin die Stadt-Tochter Tropark. Da man von mehreren Millionen Euro Sanierungskosten ausgeht, ließen sich Tropark und Rathaus etwas Besonderes einfallen, um das Problem auf Unschuldige abzuwälzen, nämlich den Spicher Wald und die dort erholungssuchende Spicher Bevölkerung. Nicht nur, dass für die Ausbaggerung des verseuchten Bodens und wegen der verseuchten Bäume mehrere Hektar Wald abgeholzt werden müssen, auch Rund 9600 Quadratmeter bisherigen Waldes sollen nicht wieder aufgeforstet, sondern als zusätzliches Gewerbegebiet bebaut werden.

Spicher Wald soll für Altlastenrisiko bluten

Welches Management hat sich denn ein solches blauäugiges Altlastenrisiko ins Budget geholt und will jetzt den Wald bebauen, um sich selbst schadlos zu halten? Dabei ist der Spicher Wald durch die Sondermülldeponie und deren Nebenanlagen mehr als empfindlich betroffen. Die Troisdorfer SPD unterstützt die Spicher Bürgerinitiative „Naturfreunde“ in ihrem Bemühen, den Spicher Wald zu erhalten und weitere Eingriffe abzuwehren. Deshalb lehnt die SPD nach gründlicher Abwägung die Verabschiedung eines Bebauungsplanes zur Ausweisung zusätzlicher Gewerbefläche ab.

Ebenso intransparent wie mit dem Thema Bleisanierung geht die Stadt mit einem anderen Gewerbeprojekt um. Nicht etwa im Naherholungsausschuss, wo sport- und freizeitleiche Nutzungen städtischer Grundstücke öffentlich beraten werden, sondern in einer nichtöffentlichen Sitzung des Hauptausschusses, erzielte die Mitglie-



der im letzten Jahr der Beschlussvorschlag des Bürgermeisters, im Spicher Wald einen Kletterpark zu bauen und hierüber mit einem Privatinvestor einen langfristigen Pachtvertrag abzuschließen.

Kletterpark ohne eigene Parkplätze?

Zu Anfang klang dies positiv abenteuerlich, weil in der Vorlage ausdrücklich versichert wurde, dass keine zusätzlichen Stellplätze im Wald angelegt, dafür besondere naturfachliche Unbedenklichkeiten beigebracht werden müssen. Genau deswegen gab es im Ausschuss zunächst keine Bedenken. Mittlerweile haben die Rückfragen und Nachprüfungen insbesondere der engagierten „Naturfreunde“ ein genau gegenteiliges Bild ergeben.

Der Parkplatz des FC Spich ist an Wochenenden durch spannende Heimspiele mehrerer Mannschaften jetzt schon völlig überlastet, so dass zusätzlich die Waldstraße auf beiden Seiten von oben bis unten zugeparkt ist. Wo sollen dann bitte schön noch die Gäste des Kletterparks ihre Autos abstellen, die ja laut Bürgermeister gezielt aus der Umgebung zu diesem attraktiven Freizeitprojekt angelockt werden sollen? Die SPD vermutet den reichlich plumpen Trick, dass am Ende der FC Spich derjenige ist, der mehr Parkplätze verlangt, obwohl er selbst gar nicht der Verursacher ist.

Unglaublich sind auch die Einlassungen zur Umweltverträglichkeit. Der schwarz-grün regierte Rhein-Sieg-Kreis bewertet das schwarz-grüne Vorhaben

aus Troisdorf mehr oder weniger unbedenklich. Der Kletterpark sei zwar ein Eingriff in den Spicher Wald und bedarf übrigens auch einer Baugenehmigung. Aber da es bereits mehrere weitere Eingriffe gebe, sei dieser neuerliche nicht mehr so schwerwiegend. Nach dieser Logik dürfte jeder nochmals zusätzliche Eingriff umso leichter abzunicken sein, so dass sich bald viele Eingriffe so aufsummieren, dass weiterer Schutz eigentlich gänzlich entfallen könnte. Deshalb fordert die SPD einen Stopp des Kletterwald-Projektes. ■

Gesamtkonzept für die Sieglerer Straße

Im April 2014 hat unsere Fraktion den Antrag gestellt, in Oberlar ein städtebauliches Gesamtkonzept für die Sieglerer Straße und deren Zugangstraßen zu erstellen. Auf Anraten der Verwaltung hat der Rat daraufhin ein „Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept“ in Auftrag gegeben. Die „Planergruppe Oberhausen“ wurde beauftragt, eine Strukturanalyse über Bau- und Siedlungsstruktur, Verkehr, Einzelhandel und Gewerbegebiet, Grün- und Freiflächen und soziale Struktur zu erarbeiten. Die Vorstellung einer ersten Bestandaufnahme wurde mit ersten Ergebnissen im Dezember einem Kreis von politischen Vertretern und Vertretern der Fachämter präsentiert. Wir werden in diesem Prozess für eine offene und transparente Bürgerbeteiligung plädieren, in der die Vorschläge von Oberlarer Bürgerinnen und Bürgern ernst genommen und öffentlich beraten werden können. ■

Bürgerinnen und Bürger zeigen wo der Schuh drückt

Fast 30 mal haben der Landtagsabgeordnete Achim Tüttenberg und die SPD-Fraktion nun schon zu Begehungen vor Ort in allen Ortsteilen von Troisdorf eingeladen und viele Bürgerinnen und Bürger kamen, um auf Probleme in ihrer Straße oder ihrem Quartier aufmerksam zu machen. Diese Anregungen wurden dann in Antragsform als Verbesserungsvorschläge an die Stadtverwaltung geleitet.

Bei diesen Aktionen wurde schnell klar, dass nicht die großen politischen Entscheidungen im Vordergrund standen, sondern die kleinen Ärgernisse des täglichen Lebens. Die Themenpalette reichte von falsch angebrachten Verkehrsschildern bis hin zu fehlenden Spielgeräten auf Kinderspielflächen.

Wie ein roter Faden haben sich bei fast allen Begehungen aber drei Themenschwerpunkte herauskristallisiert: beschädigte Bürgersteige oder Straßenbeläge, von denen für die jeweiligen Verkehrsteilnehmer Gefahren ausgehen, überhöhte Geschwindigkeiten von Kraftfahrzeugen, selbst in verkehrsberuhigten Bereichen und unangefochten an Nummer eins der mangelhafte Pflegezustand vieler Grünflächen in der Stadt.

Einen gemeinsamen Nenner hatten die Problembeschreibungen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger allerdings. Häufig



hatten sie sich an die zuständigen Stellen bei der Stadt gewandt, auf das Problem aufmerksam gemacht – aber nichts passierte.

Naturgemäß ist jeder unserer Begleiter daran interessiert zu erfahren, was aus seiner Anregung geworden ist. Da wir bei mehreren hundert Teilnehmern der Rund-

gänge nur auf ausdrücklichen Wunsch Namen und Adressen notiert haben, kann man die Rückmeldungen auf unsere Anträge im Büro der SPD-Stadtratsfraktion unter 02241/900770 erfragen. Und das gesamte Paket steht auf der Internetseite von Achim Tüttenberg unter www.achim.tuettenberg.de und der SPD unter www.spd-troisdorf.de zur Einsicht. ■

20%ige Leistungskürzungen durch das Sozialamt rechtswidrig

In dem Bemühen, die Schieflage der städtischen Finanzen zu sanieren, hat die Verwaltung jetzt die in Troisdorf lebenden Flüchtlinge ins Visier genommen.

Dem Vernehmen nach ist inzwischen eine dreistellige Anzahl von Bescheiden ergangen, in denen Flüchtlingen eine 20%ige Leistungskürzung mitgeteilt wird. Es ist bereits bezeichnend, dass diese Bescheide nicht ein Wort der Begründung enthalten, den Betroffenen wird lediglich mitgeteilt, man habe die Leistungen neu berechnet.

Hinter vorgehaltener Hand heißt es, dass man bei Menschen, die in einer Gemeinschaftsunterkunft leben, von einem geringeren Bedarf ausgehen könnte. Dem

liegt die Vorstellung zugrunde, dass man hier von einem kostensparenden, wohngemeinschaftsähnlichen Zusammenleben ausgehen könne.

Wer die Realität kennt, muss dies als blanken Hohn empfinden: Es ist nicht so, dass sich in den Unterkünften Menschen zusammenfinden, die Vieles gemeinsam hätten. Es gibt Mehrbettzimmer, in denen jeder Bewohner aus einem anderen Land kommt, eine andere Sprache spricht und andere religiöse oder politische Prägungen hat. Viele Flüchtlinge sind durch Kriegserlebnisse und die Flucht psychisch stark belastet, hinzu kommt in vielen Fällen die Sorge um anderswo lebende Angehörige.

Wenn man dann bei ansonsten freier Unterkunft statt € 320,00 nur noch € 260,00 monatlich zur Verfügung hat, um seinen kompletten Bedarf abzudecken, ist dies mehr als wenig, nämlich ca. € 8,50 pro Tag, wovon alle Ausgaben bezahlt werden müssen.

Es ist symptomatisch für die Haltung der Verwaltungsspitze, dass ausgerechnet an dieser Stelle der Versuch unternommen wird, zu Lasten Bedürftiger zu sparen.

Die hier dargestellte Verfahrensweise ist politisch fragwürdig und rechtlich angreifbar, die Stadt löst hier eine Lawine von Widersprüchen und Klageverfahren mit entsprechenden Kostenrisiken für die städtischen Finanzen aus. Und gleichzeitig lädt man zum Gratis-Konzert der Höfner an der Stadthalle ein und hat immer noch genug Geld, den Bereich vor dem Rathaus aufwändig umzugestalten.

Die SPD hätte andere Prioritäten gesetzt

Für NRW sieben gute Jahre

Im Mai 2010 wurde die selbstherrliche Regierung Rüttgers-Laschet unter schweren Verlusten der CDU abgewählt. Dem ging ein beispielloser Raubzug durch die Kassen der Städte, Verbände und Studenten voraus. Und dennoch türmte sich die Neuverschuldung 2010 auf 5 Milliarden Euro. Was hat sich seither geändert?

Vorrang für Kinder, Jugendliche und Bildung

Troisdorf erhält Jahr für Jahr mehr als 10 Millionen Euro für Kindergärten und Trogata. Das ist mehr als die Hälfte der Kosten. Ohne diese enorme Landesförderung könnte der Bürgermeister keine tollen Einweihungsfeiern für neue oder erweiterte KITAs durchführen.

Schulgebäude sind Stadt-sache – Aber NRW hilft mit Sanierungsprogramm

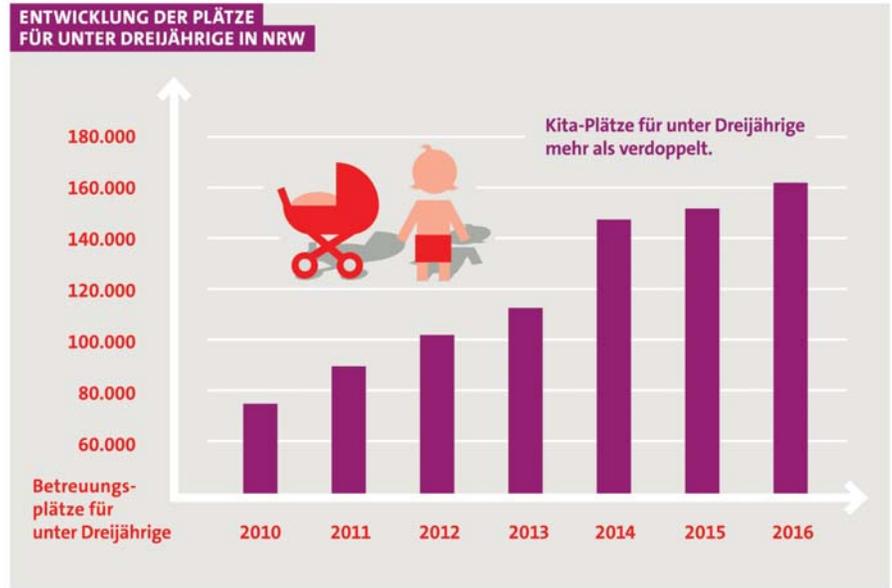
NRW-LANDESREGIERUNG HÄLT WORT:

4,8 MILLIONEN € FÜR SCHULEN IN TROISDORF.

CDU und FDP haben die Stärkung und Verjüngung der Polizei dermaßen heruntergefahren, dass NRW jahrelang unter dieser Einstellungs-Delle leidet. Das hat Hannelore Kraft geändert. In diesem Jahr werden 2000 neue Kommissar-Anwärter eingestellt. Vor 10 Jahren unter Rüttgers-Laschet waren es nur 500. Für die innere Sicherheit haben wir also die Einstellungen vervierfacht.

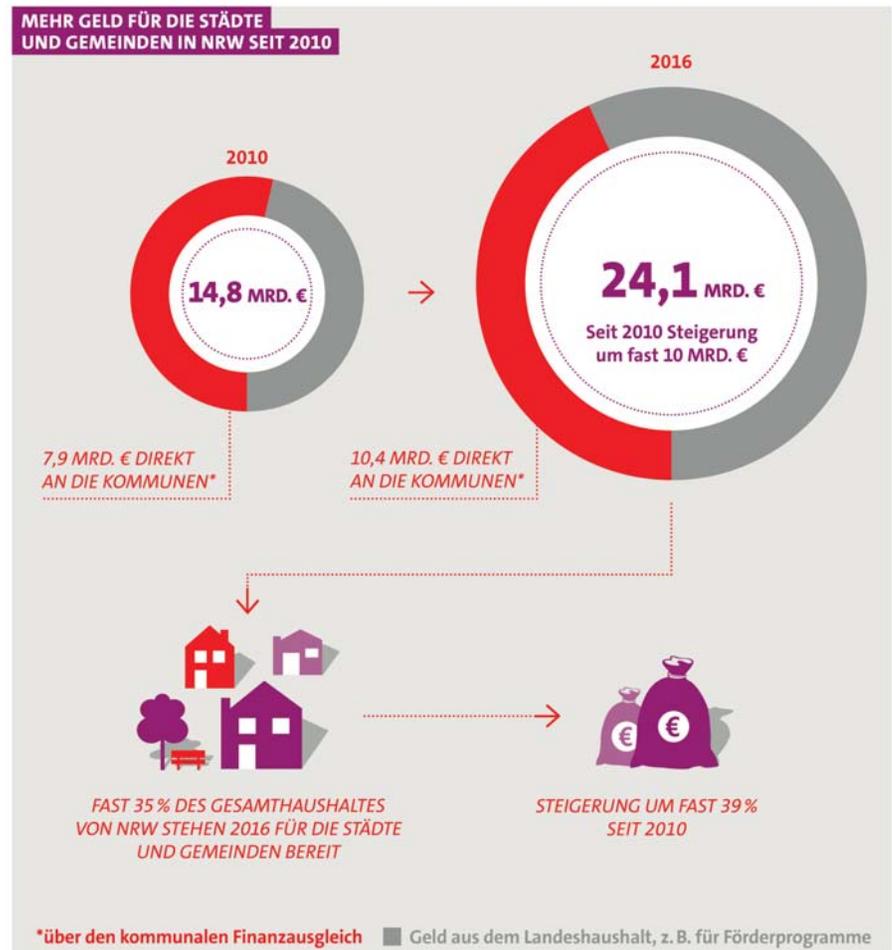
Dutzende Städte und Gemeinden mussten vor dem Landesverfassungsgericht gegen die CDU/FDP-Regierung in Düsseldorf klagen und gewinnen, um einmal mehr den dreisten Raubzug durch kommunale Kassen zu stoppen. Insgesamt 3 Milliarden Euro haben Rüttgers-Laschet den Kommunen weggenommen oder vorenthalten. Auch das hat sich völlig geändert. Heute bekommen Städte und Gemeinden vom Land 60 % mehr Geld als vor 7 Jahren.

ERFOLGREICHER AUSBAU DER KITA-PLÄTZE SEIT 2010



Quelle: Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW

WIR SIND EIN VERLÄSSLICHER PARTNER DER KOMMUNEN



Trotzdem wurde die Neuverschuldung seit 2010 um 70 % reduziert.

Klare Regeln für Integration

Entlastung der Kommunen und Perspektiven schaffen



„Das verabschiedete Integrationsgesetz der letzten Verhandlungen innerhalb der Koalition war ein voller Erfolg.“, freut sich Hartmann. „Wir konnten weitere wesentliche Verbesserungen erzielen: Zum einen bekommen Auszubildende von vornherein für die gesamte Ausbildungsdauer eine Duldung erteilt. Die Verunsicherung des Aufenthaltstitels wird damit beendet und schon vorhandene Ausbildungsberufe bei vielen noch einmal erhöht.“

Das ist ein Riesensfortschritt, und es war ein großes Anliegen der SPD, auch bei vorzeitigem Ausbildungsende nicht sofort die Duldung zu streichen.“, erklärt Hartmann, der zuständige Berichterstatter für Integration der SPD im Innenausschuss ist.

Auch finanziell wird es Verbesserungen geben. „Der Bund wird den Ländern in den nächsten drei Jahren eine Integrationspauschale in Höhe von zwei Milliarden Euro jährlich zahlen. Damit ist auch der

Streit über die Kosten der Integration der Flüchtlinge beigelegt. Wie die Länder das Geld verwenden, können sie frei entscheiden: Die bislang von Bundesfinanzminister Schäuble verlangten Nachweise für konkrete Verwendungszwecke müssen sie nicht mehr vorlegen“, erläutert Sebastian Hartmann (SPD), Bundestagsabgeordneter für Rhein-Sieg.

Neben diesen sechs Milliarden zusätzlicher Mittel wird eine weitere Milliarde bereitgestellt: 2017 und 2018 gibt der Bund den Ländern jeweils 500 Millionen Euro zusätzlich für den Wohnungsbau. Anders als bei der Integrationspauschale sollen die Länder hier die zweckgebundene Verwendung dokumentieren. Auch die freierwerbenden Mittel aus dem Betreuungsgeld (etwa zwei Milliarden Euro) werden an die Länder für den Kita-Ausbau weitergegeben. „Die Kommunen, die in den letzten Jahre extrem unter finanziellen Belastungen gelitten haben, wollen wir ab 2018 um insgesamt fünf Milliarden Euro jährlich entlasten“, freut sich Hartmann. „Eine Milliarde wurde dafür bereits ab 2014 zur Verfügung gestellt, dazu kamen seit 2015 weitere 3,5 Milliarden Euro für Investitionen in finanzschwachen Kommunen, sowie zusätzliche 140 Millionen für die Sanierung kommunaler Einrichtungen“, so der Bundestagsabgeordnete weiter. ■

Keine Hilfsheriffs auf Kosten der Bundespolizei

„Bundesinnenminister Thomas de Maizière schlägt vor, gegen die steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen auch auf den Einsatz von Hilfspolizisten zurückzugreifen. Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt diesen Vorstoß entschieden ab. Viel sinnvoller ist es, stärker in die personelle und technische Ausstattung der Polizei zu investieren“, berichtet Sebastian Hartmann, Bundestagsabgeordneter der SPD. „Die steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen hängt damit zusammen, dass die international vernetzte, organisierte Kriminalität Wohnungseinbrüche als neues und lukratives Geschäftsfeld entdeckt hat. Daher ist es geradezu absurd, gegen diese gut organisierten Diebesbanden mit schlecht ausgebildeten Hilfsheriffs vorzugehen“, so Hartmann weiter. Vielmehr ist es dringend geboten, dass der Innenminister seiner Verantwortung gerecht wird, den weiterhin notwendigen personellen Aufwuchs bei den zuständigen Sicherheitsbe-

hörden wie Bundeskriminalamt und Bundespolizei mit gut ausgebildetem Fachpersonal voranzutreiben. Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits gegen den Widerstand der Union durchgesetzt, dass die Bundespolizei 3000 zusätzliche Fachkräfte erhält. „Weitere 3000 Stellen sind nach wie vor erforderlich und wir erwarten, dass sich der Bundesinnenminister dafür in den Haushaltsberatungen stark macht“, fordert Hartmann.

Die rot-grüne Landesregierung in NRW wirkt schon seit ihrer Regierungsübernahme in diesem Sinne, über 600 neue Planstellen wurden bei der Polizei in NRW geschaffen. Damit konnte der Stellenabbau unter der Regierung Rüttgers/Laschet bis 2009 rückgängig gemacht und die Anzahl der Stellen von 38.605 Planstellen auf 40.321 angehoben werden. So viele Polizisten gab es in NRW noch nie. „Für den Rhein-Sieg-Kreis ist

darüber hinaus die Bundespolizei von besonderer Bedeutung, denn am Standort Sankt Augustin ist dringend eine Erhöhung der Personalstärke geboten, wie mir Direktion, Personalrat und Gewerkschaft der Polizei bei meinem Besuch noch einmal bestätigt haben“, schließt Hartmann kämpferisch. ■



Achim Tüttenberg wieder in den Landtag

Natürlich stellte sich der 57-jährige Troisdorfer Sozialdemokrat Achim Tüttenberg bei der Konferenz zur Wahl des Landtagskandidaten 2017 mit einem Arbeitsbericht und dem Blick auf die aktuellen Themen vor. Was er besonders für Troisdorf, aber auch darüber hinaus im Rhein-Sieg-Kreis, erreicht hat, bekommt besonderen Stellenwert, wenn man die knappen Finanzen und mannigfaltigen Wünsche anderer Regionen bedenkt.

Eigentlich hätte er aber gar keine Leistungsbilanz vortragen müssen, denn ausgerechnet der älteste anwesende Delegierte Günther Heubaum (79) aus Mondorf sprach offenbar allen Delegierten mit einem markanten Satz aus dem Herzen: „Der Achim ist so ein fleißiger Abgeordneter. Das habe ich in 40 Jahren noch nie erlebt.“ Nicht nur, dass ihm niemand widersprach: in der anschließenden geheimen Wahl erhielt Achim Tüttenberg komplett die 100 Prozent der Stimmen.

26 Millionen für die EL 332

Für Troisdorf besonders wichtig: Die Ortsumgehung Troisdorf, Eschmar und Sieglar (EL 332) – leider 2007 von der damaligen CDU/FDP-Mehrheit in zwei voneinander unabhängige juristische Abschnitte geteilt – musste gegen zahlreiche schwerwiegende Projektwünsche aus anderen Teilen Nordrhein-Westfalens in die Finanzierung gebracht werden. „Da geht es um 26 Millionen Euro bei einem gesamten Landesprogramm von jährlich 32 Millionen. Ohne schlagkräftige Argumente und wirksame Vernetzung mit Minister und Fraktionsspitze läuft so etwas nicht.“

Die Vergabe des ersten Bauabschnitts Richtung Eschmar an die Firma Strabag ist erfolgt. Und jetzt schaffte es Achim Tüttenberg, im Bauprogramm für 2017 endlich auch die Teilung aufzuheben. Es gibt nun noch eine EL 332 von Eschmar bis zur Autobahn A 59. Damit ist die Gesamtfinanzierung sichergestellt.

Landes-Millionen auch für KITAs

Obwohl Bau und Betrieb von Kindertagesstätten im Grunde klassische städtische Aufgaben sind, zahlt mittlerweile das Land NRW für die Troisdorfer Kitas in kommunaler und freier Trägerschaft mit 12 Millionen Euro pro Jahr mehr als die Stadt selbst. Das sind mehr als doppelt so viel wie 2010, als der aktuelle CDU-Spitzenkandidat Laschet als Kinder- und Jugendminister abgewählt wurde. Ohne die Landesmillionen gingen in Troisdorf längst die Lichter aus.

Spatenstich: S 13 bringt Lärmschutz für die Hütte

Ein Zehn-Jahres-Projekt für die Region kann sich die rot-grüne Landesregierung in Form der S13 mit Fug und Recht auf ihre Fahnen schreiben. Schon angesichts der Bausumme von rund 500 Millionen Euro ging dieses Vorhaben nicht flott von der Hand. Während seine Amtsvorgänger kein Interesse hatten oder den Problemen auswichen, machte der heutige Landesverkehrsminister Mike Groschek klare Kante. Er brachte Bundesregierung, Bahn-



spitze und Landesregierung an einen Tisch, sandte ein klares Bekenntnis für diese Offensive für Lärmschutz und Schienen-Nahverkehr und sagte verbindlich für zehn Jahre eine Landesbeteiligung zu. Kurz darauf stand die Gesamtfinanzierung. Immer kann alles gerne noch schneller ablaufen. Wenn jetzt aber die Krachmacher Eisenbahnbrücke über die Sieg bei Friedrichs-Wilhelms-Hütte lärmsaniert wird und auf beiden Bahnseiten vier Meter hohe Lärmschutzwände gebaut werden, wenn darüber hinaus die Hütte einen neuen kundenfreundlichen Bahnhof erhält, dann ist es kein Zufall, dass der Troisdorfer Abgeordnete Achim Tüttenberg Mitglied im wichtigen Landesverkehrsausschuss ist. Am 29. November findet für das Gesamtprojekt S13 in Vilich der erste Spatenstich statt. ■

Schwarz-Grüne Kettensägen verunstalten die Stadt



Dass die zunehmenden Abholzaktionen in Troisdorf nicht einem Zufall entsprechen, sondern einem System, belegt der neuerliche schwarz-grüne Mehrheitsbeschluss, auch die großen Laubbäume in der Alfred-Delp-Straße zu fällen. Ein ähnlicher Beschluss war auch für die Mendener Straße in Friedrich-Wilhelms-Hütte gefasst worden.

Beide Straßen zeichnen sich durch eine dichte Bebauung aus, der gerade die großkronigen Laubbäume ihre Wucht nehmen. Ausgerechnet hier, wo dem Stadtklima ein wirklicher Gefallen getan wird, sollen jetzt wieder die Kettensägen aufheulen. Das tut nicht nur in den Ohren weh. Das ist ein tiefer Schnitt in die Troisdorfer Umweltpolitik. ■